



Statement Guido Beermann

MINISTER FÜR INFRASTRUKTUR UND LANDESPLANUNG DES LANDES BRANDENBURG

Sehr geehrte Damen und Herren,

Deutschland und auch Brandenburg haben sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2045 klimaneutral zu werden – ein ambitioniertes Ziel. Die Mobilitätswende kann dazu beitragen, es zu erreichen. Deshalb wollen wir sie weiter ins Rollen bringen. Dazu muss sich unter anderem der Verkehr noch mehr auf den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sowie den Fuß- und Radverkehr verlagern.

Der Ausbau eines attraktiven Busverkehrs spielt für die Verkehrswende eine wichtige Rolle, gerade in Flächenländern wie Brandenburg. Gut getaktete Busverbindungen – in Brandenburg zum Beispiel mit den PlusBussen – können als Teil eines Gesamtkonzeptes aus Schiene, Bussen, Fuß- und Fahrradverkehr die Verkehrswende voranbringen. Dabei geht es auch um eine intelligente Vernetzung der verschiedenen Verkehrsmittel, insbesondere um die Verknüpfung des Busverkehrs mit dem Schienenverkehr.

Zur Mobilitätswende gehört ebenso die Umstellung von Fahrzeugen auf alternative Antriebe. Das ist eine anspruchsvolle Aufgabe für Busunternehmen und kommunale Aufgabenträger, die es zu unterstützen gilt. Um die Förderung durch den Bund zu ergänzen, bereitet beispielsweise das Brandenburger Verkehrsministerium derzeit eine Fördermöglichkeit auf Landesebene vor.

Der ÖPNV ist jedoch nicht nur wichtig für die Verkehrswende, er ist vor allem Teil der Daseinsvorsorge. Daher trägt das Land Brandenburg auf der Grundlage des ÖPNV-Gesetzes



Guido Beermann

Foto: © MIL

einen Teil der finanziellen Last der kommunalen Aufgabenträger. Wegen ihrer erheblichen Einbußen aufgrund der Corona-Pandemie greifen die Länder den Verkehrsunternehmen darüber hinaus unter die Arme. In diesem Jahr stehen mit dem Corona-Rettungsschirm 1,2 Milliarden Euro Bundesmittel zum Ausgleich der pandemiebedingten Schäden zur Verfügung. Dieser wird von den Ländern um den gleichen Betrag ergänzt.

Klar ist nicht nur beim Rettungsschirm: Wenn wir das gute ÖPNV-Angebot erhalten und ausbauen wollen, dann muss auch der Bund Verantwortung übernehmen. Das gilt vor allem für den Ausbau der Schieneninfrastruktur. Nur mit zusätzlichen Regionalisierungsmitteln können die Länder und die Verkehrsunternehmen gemeinsam zukunftsfeste Mobilitätskonzepte umsetzen.



**BESUCHEN SIE DEN
17. MITTELDEUTSCHEN
OMNIBUSTAG AM
17./18. NOVEMBER 2022
IN GERA!**